

Von Betroffenheiten zu Kämpfen – ein Vergleich linker und rechter städtischer Bewegungen

Steigende Mieten, mangelhafte kommunale Infrastrukturen, Angst vor neuen Nachbar*innen, die „anders“ sind – schon immer waren viele Protestanlässe konkret und manifestierten sich lokal. Gegenwärtig jedoch eskalieren sozial-räumliche Ungleichheiten angesichts lokaler Sparpolitiken in der Daseinsvorsorge sowie Stadtpolitiken, die auf globale Investor*innen, Konzerne oder die Tourismusindustrie orientiert sind. Zugleich schürt ein neu aufgelebter Nationalismus Konflikte, auch zwischen Stadtbewohner*innen. Anlässe für Protest nehmen also zu.

Gleichwohl führt keinesfalls jede Betroffenheit zu Protest oder gar dauerhafter Organisation, und selbst dann liegt es an sozialen Bewegungen, die lokalen Auseinandersetzungen noch in einen größeren (Deutungs-)Rahmen zu stellen: Um politischen Einfluss zu erlangen, müssen sie über das Framing jeweils konkreter Konflikte streiten, Bündnisse bilden und ggf. durch ein *upscaling*, den Protest auf eine höhere politische Ebene verlagern.

Wir möchten solche Übersetzungsprozesse – vom lokalen Unmut zur (starken) Bewegung – unter den konkreten Bedingungen (post-)neoliberaler Regime in den Blick nehmen. Einen Ausgangspunkt bildet dabei die Beobachtung, dass rechte Bewegungen lokale Ereignisse und Missstände gegenwärtig offenbar leichter in nationale „Fragen“ und Politiken zu transformieren vermögen (Stichwort „Köln“ oder „Dresden“) als linke städtische Bewegungen. Letztere artikulieren z.B. mit dem Thema „Mieten“ zwar durchaus Probleme weiterer Bevölkerungskreise, und sie erweitern etwa unter dem Slogan „Recht auf Stadt“ ihre Koalitionen. Dennoch vermögen sie breite Schichten oder Politikveränderungen nur begrenzt zu erreichen.

In der Sitzung wollen wir daher systematisieren, welche Bedingungsfaktoren gegenwärtig unterschiedliche Bewegungen und ihre Verbreiterung erlauben. Mit welchen Strategien und Deutungen werben rechte und linke Bewegungen für ihre Anliegen? Welche in der Bevölkerung vorhandenen, z.B. rassistischen oder multikulturalistischen Denkmuster können sie dabei (re-)artikulieren? Welche Einsichten aus der Bewegungsforschung liegen zu Prozessen der Verallgemeinerung von Ansprüchen und Implementierung von Deutungsangeboten vor – etwa in den Auseinandersetzungen um Mieten und Wohnen, die „Aufenthaltsqualität“ und (Un-)Sicherheit im öffentlichen Raum, städtebauliche Großprojekte „vor der eigenen Haustür“ oder Moscheebauten und Gemeinschaftsunterkünfte? Welche Hürden (z.B. Personalisierung, Moralisierung, Gruppenegoismen) erge-

ben sich, welche Kompromisse werden geschlossen, und auf welcher Basis? Welche Proteste sind überhaupt „bewegungsfähig“?

Kontakt: peter.bescherer@uni-jena.de; jenny.lena.kuenkel@geo.hu-berlin.de